



Pressemeldung

13.09.2025

Mitgliederversammlung des Deutschen Tierschutzbundes:

„Jetzt Tierschutz stärken. Versprechen an Tierheime und Tierschutz umsetzen“

Per Resolution fordert die heute in Köln tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Tierschutzbundes die Bundesregierung auf, Tierheime bei Investitionen zu unterstützen, wie es im Koalitionsvertrag versprochen ist. Zudem dürfe keine Zeit verloren werden, um die weiteren – wenigen – Tierschutzmaßnahmen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen und den Tierschutz im Land auch darüber hinaus voranzubringen.

„Hilfe für die Tierheime, die an ihren Belastungsgrenzen sind, haben Union und SPD zwar versprochen, in den Haushaltsentwürfen gehen die Einrichtungen aber bisher leer aus“, kritisiert Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. Die über 740 im Deutschen Tierschutzbund organisierten Tierschutzvereine fordern, dass die nötigen Mittel, unter anderem für Sanierungen, in den kommenden Bundeshaushalten eingesetzt werden, sodass die Einrichtungen sie unbürokratisch abrufen können.

Mehrwertsteuer für tierärztliche Leistungen muss entfallen

Neben der Investitionshilfe aus dem Bundeshaushalt müssten die Tierheime entlastet werden – unter anderem durch eine Kastrationspflicht für Freigängerkatzen und ein Verbot des Onlinehandels mit Tieren. Weil die gestiegenen Tierarztkosten sowohl Tierschützer als auch Tierhalter belasten und Tiere vermehrt aus Kostengründen im Tierheim abgegeben werden, fordern die im Deutschen Tierschutzbund organisierten Vereine erstmals die Gleichstellung der Tier- mit der Humanmedizin: „Die Mehrwertsteuer für tierärztlichen Leistungen muss entfallen, um den Tierschutz und private Tierhalter zu entlasten.“

Tierschutz ist Regierungspflicht

Verbesserungen fordern der Dachverband und seine Mitgliedsvereine auch für die Millionen Tiere in der Landwirtschaft. „Es braucht ein Verbot von Manipulationen und von Tiertransporten in Drittstaaten sowie umfassende Gelder für einen tiergerechteren Umbau der Haltungssysteme“, stellt Präsident Schröder klar und kritisiert, dass die von Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer in Aussicht gestellten 1,5 Millionen Euro für Stallumbauten ebenfalls nicht in den Haushaltsplänen vorgesehen sind. Auch Alternativmethoden zu Tierversuchen müssten finanziell stärker gefördert und die Reduktionsstrategie konsequent fortgeführt werden. Nicht-artgerechte Tierhaltungen in Zirkussen und Zoos sowie die Tötung überzähliger Tiere, wie jüngst von Pavianen im Tiergarten Nürnberg, müssten verhindert werden. Die Mitgliederversammlung des Deutschen Tierschutzbundes fordert von der Bundesregierung zudem eine Förderung der pflanzenbasierten Ernährung, eine Reformierung der Straftatbestände im Tierschutzgesetz sowie eine Regelung für zuchtbedingte Qualzucht-Merkmale. „Die Bundesregierung steht auch wegen des Staatsziels Tierschutz in der Pflicht, den Tierschutz zu stärken“, sagt Schröder. „Wir erwarten zudem, dass die Bundestierschutzbeauftragte unabhängig und tierschutzfachlich versiert agiert.“

Bundesgeschäftsstelle
Presseabteilung

In der Raste 10
53129 Bonn
Tel: 0228/60496-24
Fax: 0228/60496-41

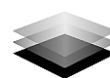
E-Mail:
presse@tierschutzbund.de
Internet:
www.tierschutzbund.de

Gemeinnützigkeit
anerkannt

Registergericht
Amtsgericht Bonn
Registernummer
VR3836

Sparkasse KölnBonn
BLZ 370 501 98
Konto Nr. 40 444

IBAN:
DE88370501980000040444
BIC:
COLS DE 33



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Hinweis an die Redaktionen:

Die Resolutionen im Wortlaut senden wir Ihnen bei Interesse gerne zu.

Bildmaterial:



Bildunterschrift: Die Mitgliederversammlung des Deutschen Tierschutzbundes tagte in Köln.

Copyright: Deutscher Tierschutzbund e.V. / wolterfoto

Download [hier](#).



Bildunterschrift: Die Mitgliederversammlung stimmt den Resolutionen zu.

Copyright: Deutscher Tierschutzbund e.V. / wolterfoto

Download [hier](#).

Weitere Fotos senden wir Ihnen auf Wunsch gerne zu.